

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE SCHWERPUNKTE DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

I. LEITLINIEN

1. Neue Herausforderungen und Chancen

Die globalen Entwicklungen der vergangenen Jahre sind von zunehmenden Konflikten und von einer Tendenz zu Nationalismus und Populismus geprägt. Einige Regierungen setzen vermehrt auf Konfrontation und nationale Alleingänge. Weltweit sind die Folgen des Klimawandels zu spüren. Deutschland und die Europäische Union insgesamt stehen nicht nur diesbezüglich vor vielfältigen Herausforderungen. Zugleich haben die Vereinten Nationen im Jahr 2015 die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Die Agenda enthält 17 ambitionierte Ziele (Sustainable Development Goals, SDGs). Sie gelten universell und bedingen einander.

Die Rolle Nordrhein-Westfalens als entwicklungspolitischer Akteur erfordert vor diesem Hintergrund eine Neubestimmung. Der Stellenwert von internationaler Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik ist angesichts der globalen Herausforderungen, auch im Kontext der verstärkten Migrationsbewegungen in Richtung Europa, deutlich gewachsen. Insofern hängt eine solche Neubestimmung entscheidend von der Position Deutschlands und Europas in der Welt ab. Nordrhein-Westfalen ist nicht nur geographisch im Westen verankert, sondern auch ideell: **Die Landesregierung setzt einen deutlichen Kontrapunkt zu den Stimmen, die die westlichen Werte in Frage stellen. Das klare Bekenntnis zu den elementaren Werten der europäischen Verfassungen – zu Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – ist daher Basis der entwicklungspolitischen Strategie der Landesregierung. Es sind diese Werte, die auch der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung inhärent sind.**

Die Agenda 2030 ist eine Transformationsagenda. Als „Weltzukunftsvertrag“ ruft sie dazu auf, die Grundlage für weltweiten Fortschritt im Einklang mit wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit und im Rahmen der ökologischen Grenzen der Erde zu gestalten. Sie dient damit als übergreifendes Leitbild für die Gestaltung der Zukunft und zugleich als Klammer für unterschiedliche Lösungen auf dem Weg zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und Generationengerechtigkeit. Es geht darum, allen Menschen weltweit ein Leben in Würde zu ermöglichen. **Alle Staaten und Regionen dieser Welt – auch Nordrhein-Westfalen – sind gleichermaßen gefragt, eine Transformation der eigenen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf den Weg zu bringen.¹ Nordrhein-Westfalen nimmt diese Herausforderung an und wird in diesem Sinne mit seinen internationalen Partnern zusammenarbeiten.**

2. Selbstbestimmung und Subsidiarität

Aus den Prinzipien der Menschenwürde, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit ergeben sich zwei Leitgedanken der nordrhein-westfälischen Entwicklungspolitik: Selbstbestimmung und Subsidiarität. Das Prinzip der Menschenwürde verlangt, den Menschen als Subjekt zu achten und ihn nicht zum Objekt staatlichen Handelns zu machen.

¹ Die fünf großen Trends, auf die die Entwicklungspolitik in Zeiten der Agenda 2030 reagieren muss, fasst das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wie folgt zusammen: das rasante Wachstum der Weltbevölkerung, der Klimawandel, die Globalisierung der Wirtschaft, die zunehmende Ressourcenknappheit sowie die Digitalisierung.
(Quelle: https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier455_06_2018.pdf)

Demokratie als „Herrschaftsform der Freien und Gleichen“ bedeutet in erster Linie individuelle und kollektive Selbstbestimmung. **Ziel des Engagements der Landesregierung ist es deshalb, ihren Partnern eine partizipative, selbstbestimmte Entwicklung zu ermöglichen.**

Menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen können nur in den Ländern selbst und mit der Initiative der dort lebenden Menschen geschaffen werden. **Die besten und innovativsten Ideen wachsen in den Köpfen der Menschen, die vor Ort die jeweiligen politischen, gesellschaftlichen, technologischen wie wirtschaftlichen Rahmenbedingungen genau kennen. Das Ziel internationaler Kooperation muss es deshalb sein, in respektvoller Zusammenarbeit und im Austausch von Wissen und Kompetenzen daran mitzuwirken, dass jeweils Lösungen vor Ort entwickelt werden und sich dort wirkungsvoll entfalten können.**

Untrennbar verbunden mit dieser Idee ist es, gemäß dem Prinzip der Subsidiarität die eigene Verantwortung der Partner zu achten. Dies muss sowohl für die Frage gelten, ob das Land Nordrhein-Westfalen überhaupt entwicklungspolitisch agiert, als auch für den Inhalt seiner entwicklungspolitischen Aktivitäten. Diese Aktivitäten respektieren deshalb nicht nur die Eigenverantwortung der Partner, sondern zielen auch darauf ab, Privatpersonen und Wirtschaftsunternehmen selbstbestimmtes Handeln zu ermöglichen. **Die Landesregierung möchte daher Länder und Regionen, mit denen sie entwicklungspolitisch eng zusammenarbeitet, beim Aufbau stabiler, demokratischer und nachhaltiger Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen unterstützen. Sie will dazu beitragen, dass Menschen der Zugang zu guter Bildung und medizinischer Versorgung ermöglicht wird und sie in menschenwürdiger Beschäftigung und ohne Ausbeutung mit stabilen wirtschaftlichen Perspektiven leben können.**

Bei einer Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen ist Selbstbestimmung nicht möglich. Deshalb wird das Land auch einen Beitrag dazu leisten, dass der Klimawandel nicht ungebremst voranschreitet. Es wird im In- und Ausland für Nachhaltigkeitsprinzipien eintreten.

Subsidiarität bedeutet auch, dass Nordrhein-Westfalen als föderaler Akteur nur in Bereichen tätig wird, in denen es über Kernkompetenzen verfügt. Dazu zählen hierzu-lande ein vielfältiges und von großen Fachkenntnissen getragenes bürgerschaftliches wie zivilgesellschaftliches Engagement, die Vielzahl herausragender Initiativen auf kommunaler Ebene wie auch die Vorreiterrolle im Bereich der schulischen wie außerschulischen entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. **Nordrhein-Westfalen verfügt darüber hinaus über eine einzigartige Wissenschaftslandschaft, einschließlich des internationalen und VN-Standorts Bonn mit seiner Expertise in internationalen, entwicklungspolitischen und Nachhaltigkeitsfragen. Überdies tragen die lange entwicklungspolitische Tradition wie auch umfangreiche Erfahrungen in der Gestaltung von Strukturwandel und Transformationsprozessen dazu bei, dass das Land heute zu den führenden Wirtschafts-, Wissenschafts- und Innovationsregionen Europas zählt. Ferner gehört es zu den wichtigsten Medien- und Digitalstandorten Deutschlands. Gerade innerhalb dieser Kernkompetenzen will Nordrhein-Westfalen ein engagierter Akteur in der Entwicklungspolitik sein.**

Es ist der Landesregierung zugleich ein großes Anliegen, bei den Menschen in Nordrhein-Westfalen ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu schaffen. Im Zusammenwirken mit den Kommunen, den anderen Bundesländern, dem Bund sowie der Europäischen Union will das Land so zur Umsetzung der Agenda 2030 beitragen.

Dabei sieht es seine Funktion wesentlich auch darin, Brücken zwischen Menschen zu bauen, fachliche Kompetenzen gezielt in Clustern zusammenzubringen und Anstöße für einen strukturierten Dialog zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu geben.

Die vorliegenden Schwerpunkte wurden auf dieser Basis ressortübergreifend und unter Berücksichtigung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung erarbeitet. **Die definierten Handlungsfelder orientieren sich dabei an den Kategorien, bei denen ein Bundesland auf föderaler Ebene mit seinen Kompetenzen besonders wirkungsvoll ansetzen kann: Zivilgesellschaft, Bildung, Wissenschaft, Wirtschaftliche Beziehungen, Kultur und Medien.**

II. AUSGANGSLAGE: INTERNATIONALE VERANTWORTUNG IN ENTWICKLUNGSPOLITISCHER TRADITION

Mit 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ist Nordrhein-Westfalen das bevölkerungsreichste deutsche Bundesland. Es ist Heimat für Menschen aus mehr als 140 Nationen. Rund 4,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger mit Einwanderungsgeschichte leben hier, mehr als ein Viertel der Bevölkerung des Landes. Im Herzen Europas gelegen, ist Nordrhein-Westfalen ökonomisch, ökologisch und kulturell mit Regionen und Ländern in allen Teilen des Kontinents verbunden und pflegt darüber hinaus weltweit vielfältige internationale Beziehungen. Kein anderes Bundesland hat mehr aktive Kommunen mit vielfältigen Beziehungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Es gehört zu den stärksten Industrieregionen der Welt. Große Industrieunternehmen von Weltrang sind hier ebenso zuhause wie zahlreiche kleine und mittelständische, häufig familiengeführte Unternehmen, die maßgeschneiderte Produkte und Dienstleistungen anbieten und in ihren Geschäftsfeldern und Branchen weltweit führend sind. Nordrhein-Westfälische Unternehmen sind auf der ganzen Welt aktiv. **Die bundesweit einmalig hohe Dichte an entwicklungspolitischen Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft, Zivilgesellschaft und den Kommunen, der internationale Standort Bonn sowie die gewachsene, vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Landesregierung einschließlich von Institutionen des Bundes und Landes (Engagement Global, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) bieten die besten Voraussetzungen dafür, dass Nordrhein-Westfalen auch künftig entwicklungspolitischer Vorreiter unter den Bundesländern und europäischen Regionen sein kann. Die vorliegenden Schwerpunkte des Landes Nordrhein-Westfalen knüpfen an diese jahrzehntelange entwicklungspolitische Tradition an.**

- **Wichtig für das internationale Profil und das Handeln des Landes ist der internationale Standort Bonn.** Von Beginn an hat Nordrhein-Westfalen die Aktivitäten der Vereinten Nationen (VN) dort gefördert. Die Landesregierung arbeitet mit Expertinnen und Experten der Entwicklungszusammenarbeit der am Standort Bonn ansässigen VN-Sekretariate, anderen internationalen Einrichtungen, Wissenschafts- und Wirtschaftsinstitutionen, mit kirchlichen Institutionen, Unternehmen wie mit Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen eng zusammen. Die Bundesstadt ist der wichtigste VN-Standort in Deutschland und inzwischen *das* deutsche Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung. Die VN-Einrichtungen in Bonn verstehen sich als „Sustainability Hub“ der VN. **Unter dem Leitmotiv „Nachhaltigkeit gestalten“ entstehen in Bonn Lösungen für globale Zukunftsfragen des 21. Jahrhunderts.**

- Nordrhein-Westfalen hat früh erkannt, dass die Bundesländer in Ergänzung der Aktivitäten des primär zuständigen Bundes wichtige Impulse in die entwicklungspolitische Arbeit einbringen können: mit eigenen Kompetenzen und in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Wirtschaft und Kommunen etwa auf dem Gebiet von innerer Sicherheit, modernem Verwaltungshandeln, Gesundheit, Bildung, Wissenschaft, Kultur sowie Umwelt- und Klimaschutz. Die Landesregierung unterhält deshalb traditionell enge Kooperationsbeziehungen zu zahlreichen staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungsorganisationen, Hilfswerken, Stiftungen und Think Tanks mit Sitz in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus. **Das Land bietet für das ehrenamtliche Engagement in der entwicklungspolitischen In- und Auslandsarbeit die besten Rahmenbedingungen und gilt mit seinen Aktivitäten als beispielgebend. Möglich ist dies vor allem auch durch die große Motivation und Unterstützung einer sehr aktiven Zivilgesellschaft, die sich hierzulande mit rund 3.000 aktiven Gruppen und Nichtregierungsorganisationen in der Entwicklungszusammenarbeit und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit engagiert.** Es gilt, die besonderen Kompetenzen des Landes ebenso wie der Zivilgesellschaft verantwortungsvoll, nachhaltig und wirksam in der entwicklungspolitischen Arbeit einzusetzen.
- Auf Basis des im Grundgesetz verankerten Prinzips der Menschenwürde bekennt sich Nordrhein-Westfalen zur Internationalen Erklärung der Menschenrechte, den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, den Leitzielen einer weltweit nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 sowie den Beschlüssen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Länder und zur Umsetzung der Agenda 2030².

III. ENTWICKLUNGSPOLITISCHE GRUNDSÄTZE DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgehend von den Leitgedanken der Selbstbestimmung und der Subsidiarität richtet die Landesregierung Nordrhein-Westfalen ihre entwicklungspolitische Arbeit an folgenden Grundsätzen aus:

1. Die 17 Ziele der Agenda 2030 sind richtungsweisend für die entwicklungspolitische Arbeit des Landes.

Das Land Nordrhein-Westfalen teilt die Vision der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, das Handeln aller Staaten am Dreiklang von sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und ökologischer Tragfähigkeit auszurichten. Kompass für das politische Handeln in Bund und Ländern sollen zudem die Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung sein, wie sie in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie enthalten sind.³ Nordrhein-Westfalen hat sich von Beginn an zu einer ehrgeizigen Umsetzung der Agenda 2030 bekannt und wird seine Nachhaltigkeitsstrategie 2020 erneuern.

Den Prinzipien von Selbstbestimmung und Subsidiarität folgend liegt dabei ein besonderer Fokus auf der Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums, einer produktiven Vollbeschäftigung und einer menschenwürdigen Arbeit. Dies erachtet die Landesregierung als einen wesentlichen Ausgangs- und Ansatzpunkt für das Erreichen nahezu aller anderen SDGs wie etwa die Verringerung von Armut, Hunger und

² https://www.ez-der-laender.de/sites/default/files/bundeslaender/dateien/mpk_beschluesse_1962-2017.pdf

³ Erklärung von Bund und Ländern: „Gemeinsam für eine Nachhaltige Entwicklung – In Verantwortung für eine gute Zukunft in Deutschland, Europa und der Welt“ // Quelle: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975274/1635198/256e9d0626cee951d31db3b99e1d75a0/2019-06-06-pm-erklarung-bund-laender-data.pdf?download=1>

Ungleichheit, die Verbesserung der Gesundheitsversorgung, die Gleichberechtigung der Geschlechter, Frieden und Gerechtigkeit oder den Schutz von Umwelt und Ökosystemen. Denn das anhaltende Bevölkerungswachstum in einigen Regionen der Welt birgt große Aufgaben mit Blick auf die Schaffung von Arbeits- und Teilhabechancen. Deshalb bedarf es vor allem auch dort einer verstärkten privatwirtschaftlichen Initiative. Dazu möchte die Landesregierung im Sinne der Agenda 2030 gemeinsam mit ihren Partnern im In- und Ausland einen Beitrag leisten.

2. Entwicklungspolitische In- und Auslandsarbeit werden enger miteinander verzahnt.

Wo immer möglich und sinnvoll, strebt die Landesregierung an, die entwicklungspolitische In- und Auslandsarbeit enger zu verzahnen und bestehende Aktivitäten der Partner aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Kommunen hier wie in Ländern, in denen Nordrhein-Westfalen aktiv ist, besser einzubinden.

3. Entwicklungszusammenarbeit findet partnerschaftlich statt.

Nordrhein-Westfalens Entwicklungszusammenarbeit findet partnerschaftlich statt und orientiert sich individuell an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort. Die Landesregierung setzt ihre Erfahrungen im internationalen Austausch mit ihren Partnern ein. Zugleich ist sie bestrebt, von ihren Partnern zu lernen und würdigt deren lokale Expertise in der gemeinsamen Arbeit. Wenn es darum geht, Demokratisierungsprozesse zu unterstützen und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit sichtbare Fortschritte in der Umsetzung der Agenda 2030 zu erreichen, gehören gerade Städte und Gemeinden zu wichtigen Akteuren. **Nordrhein-Westfalen versteht sich in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit als Bindeglied zwischen Kommunen und Bund und wird dieses wichtige Engagement** dort, wo notwendig und gefordert, auch künftig zielgerichtet und unter Berücksichtigung der Aktivitäten des Bundes **unterstützen.**

4. Entwicklungspolitische In- und Auslandsarbeit wird die Leitgedanken von Komplementarität und Subsidiarität konsequent umsetzen.

Die Landesregierung wird ihre Kompetenzen wie auch die von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft in der entwicklungspolitischen In- und Auslandsarbeit mit Bezug auf den Leitgedanken der Subsidiarität bündeln. Im Sinne der Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz von Juni 2014 und Oktober 2008 soll die **entwicklungspolitische Arbeit des Landes komplementär** zu den Aktivitäten der Bundesregierung sowie der Nichtregierungsorganisationen, der Kommunen und des zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagements in Nordrhein-Westfalen stattfinden. **Die Landesregierung hat dabei die entwicklungspolitischen Strategien des Bundes wie auch der Europäischen Institutionen mit im Blick.**⁴ Doppelstrukturen sollen vermieden werden.

5. Entwicklungspolitik ist eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe.

Viele Aktivitäten des Landes auf den Gebieten von Wirtschaft und Digitalisierung, (Berufs-) Bildung und Wissenschaft, Gesundheit, Sicherheit, Energieversorgung, Umwelt- und Klimaschutz, Kultur, Integration sowie Inklusion und die Gleichberechtigung der Geschlechter

⁴ Vgl. u. a.: http://www.bmz.de/de/laender_regionen/marshallplan_mit_afrika/index.html; <https://www.bmbf.de/de/afrika-strategie-des-bmbf-310.html>; <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/S-T/strategiepapier-pro-afrika.html>; <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/06/07/joint-strategy-european-consensus-development/>

leisten einen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland. Sie wirken sich zugleich auf die Entwicklungs- und Lebenschancen in anderen Teilen der Welt aus und sind somit auch im Kontext von entwicklungspolitischer Arbeit zu sehen. **Die Landesregierung ist bestrebt, diese Zusammenhänge und Querverbindungen künftig in allen Politikbereichen stärker herauszuarbeiten und Schnittstellen zur Entwicklungspolitik ressortübergreifend noch effektiver zu nutzen.**

7. Entwicklungszusammenarbeit erfolgt transparent.

Um die demokratische Kontrolle der Entwicklungszusammenarbeit der Landesregierung sicherzustellen, werden Landtag und Öffentlichkeit regelmäßig über die entwicklungspolitische Arbeit der Landesregierung unterrichtet. Auch die Empfänger von Landeszuschüssen für entwicklungspolitische Projekte werden vom Land zu Transparenz und Kommunikation über ihre Arbeit angeregt.

8. Entwicklungspolitische Arbeit erfordert Fokussierung und Prioritäten.

Im Rahmen der begrenzten finanziellen Möglichkeiten eines Bundeslandes fokussiert sich Nordrhein-Westfalen bei der entwicklungspolitischen Arbeit im In- und Ausland auf prioritäre Handlungsfelder (*vgl. dazu nachfolgend Punkt IV*), die den besonderen Stärken und Kompetenzen des Landes entsprechen. Dabei konzentriert sich die Landesregierung auf die Partnerschaft mit Ghana. Zudem fördert sie Projekte in Jordanien, Marokko und im Libanon. Damit will Nordrhein-Westfalen im Rahmen seiner Möglichkeiten einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in diesen Ländern leisten und damit gleichzeitig dazu beitragen, Ursachen für die Flucht nach Europa zu bekämpfen und den steigenden Migrationsdruck zu senken. Im Inland will das Land zum Erreichen der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung beitragen, indem es Wissen und Aktivitäten fördert, die mithelfen, in breiteren Bevölkerungskreisen Nordrhein-Westfalens – insbesondere auch bei jungen Menschen – das Bewusstsein für die komplexen globalen sozialen, ökologischen und ökonomischen Zusammenhänge zu schärfen.

IV. PRIORITÄRE HANDLUNGSFELDER DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

Die Landesregierung konzentriert sich entlang der genannten Leitlinien und Grundsätze in ihrer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit vor allem auf folgende Handlungsfelder:

(a) Privatwirtschaftliches Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit stärken

- In vielen Ländern, vor allem in Afrika und im Nahen Osten, fehlen nach wie vor verlässliche Infrastrukturen, Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten, (Berufs-)Bildung und Investitionen. **Digitalisierung und neue technologische Innovationen werden sich zudem nicht nur hierzulande, sondern weltweit massiv auf die wirtschaftliche Entwicklung und den Arbeits- und Beschäftigungsmarkt auswirken.** Dabei birgt der digitale Wandel große Potenziale in Wirtschaft, Gesundheit, Energie und Landwirtschaft. Wesentliche Aufgabe ist es, digitale Technologien künftig so zu nutzen, dass sie den Nachhaltigkeitszielen Rechnung tragen, neue Arbeitsplätze schaffen und das Gemeinwohl insgesamt befördern. **Die Privatwirtschaft ist hier ein wichtiger Partner der Entwicklungspolitik, wenn es darum geht, Wissen zu vermitteln und Innovationen voranzubringen.**
- Viele Wirtschaftsakteure in Nordrhein-Westfalen tragen im Rahmen ihrer Tätigkeit bereits heute zur wirtschaftlichen Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern bei.

Durch das Schaffen von Arbeitsplätzen, durch Aus- und Fortbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder durch einen gezielten Wissens- und Technologietransfer stärken sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den Ländern, in denen sie aktiv sind. **Die Landesregierung begrüßt dieses unternehmerische Engagement ausdrücklich und unterstützt in ihrer Entwicklungszusammenarbeit Projekte und Plattformen, die einen wirtschaftlichen Austausch fördern. Dabei spielt die Interaktion zwischen Wissenschaft und Wirtschaft eine entscheidende Rolle.**

- Der Bund hat sich vorgenommen, Entwicklungszusammenarbeit künftig stärker als Hebel zu nutzen, um Investitionen für eine nachhaltige Entwicklung zu mobilisieren. **Flankierend dazu will die Landesregierung kleine und mittelständische Unternehmen dabei unterstützen, zukunftsfähige Angebote und Infrastrukturen aufzubauen, um wirtschaftliche Kooperation zwischen den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen und den Partnern vor Ort zu befördern. Dies ist von beiderseitigem Nutzen und fördert den Wissens- und Technologietransfer.** In diesem Zusammenhang wird sich die Landesregierung im Diskurs mit Wirtschaft, Verbänden, Kammern sowie der NRW.Bank insbesondere auch der Frage widmen, inwieweit bereits bestehende Finanzierungsangebote noch besser genutzt und neue entwickelt werden können, um so dazu beizutragen, die Hürden für Investitionen kleiner und mittelständischer Unternehmen auf dem afrikanischen Kontinent zu minimieren.
- **Die Landesregierung setzt zudem auf eine Vernetzung von entwicklungs- und wirtschaftspolitischen Akteurinnen und Akteuren.** Mit den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern, den Einrichtungen zur Außenwirtschaftsförderung, der GIZ, Engagement Global sowie einer Vielzahl weiterer, hier ansässiger – größer wie mittelständischer – Unternehmen, Verbände, Wirtschafts- und Wissenschaftsinstitutionen, Entwicklungsorganisationen, engagierter Kommunen und aktiver gesellschaftlicher Gruppen verfügt Nordrhein-Westfalen über vielfältige Kapazitäten und Kompetenzen an den Schnittstellen von Wirtschaft, Wissenschaft und Entwicklungszusammenarbeit. Um die damit verbundenen Synergien zu bündeln, wird die Landesregierung Nordrhein-Westfalens gemeinsam mit den einschlägigen Akteuren neben der Verstärkung bestehender Netzwerke die Entwicklung geeigneter Cluster prüfen und in einen strukturierten Dialog eintreten. **Ziel ist es, gemeinsam zu analysieren, mit welchen Schwerpunkten das Land Nordrhein-Westfalen wirksam zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten beitragen kann und welche Chancen sich aus nachhaltigem Wirtschaften für die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen wie auch für seine Partner ergeben.** An bestehende Initiativen und Best Practices, die sich bewährt haben, soll angeknüpft werden.
- **Zur Wirtschafts-, Innovations- und Beschäftigungsstimulierung wird die Landesregierung in ihrem Partnerland Ghana Projekte fördern, deren Ziel es ist, junge Unternehmerinnen und Unternehmer zu stärken,** die innovative Geschäftsmodelle entwickeln. Etablierte Start-ups sollen dabei unterstützt werden, internationale Investoren für ihre nächsten Entwicklungsschritte zu gewinnen, Geschäftsmodelle (weiter-)zu entwickeln und zu vermarkten sowie Kooperationsprojekte mit Partnern aus Nordrhein-Westfalen aufzubauen. Dabei erfolgt insbesondere die Ansprache junger Unternehmerinnen, damit auch sie von den Fördermaßnahmen profitieren können. Lokale Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Start-up-Hubs sollen durch internationalen Austausch in ihrer Beratungskompetenz für die Gründer vor Ort gestärkt werden.

- Zu den Bereichen, in denen sich viele Start-ups bewegen, zählen unter anderem Agrarwirtschaft, Telemedizin, Energie und Finanztechnologien. Mitunter setzt der jeweilige örtliche Digitalsektor dabei an, innovativ örtliche Entwicklungsprobleme zu überwinden. Dies bietet jungen Afrikanerinnen und Afrikanern, die im Ausland ausgebildet wurden, eine Chance und Motivation, in ihr Heimatland zurückzukehren. **Um den fachlichen Austausch auch auf dem Gebiet der Digitalisierung zu fördern, wird die Landesregierung im Dialog mit den einschlägigen Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie im Abgleich mit den Aktivitäten des Bundes prüfen, ob und wo sich sinnvolle fachliche Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit ergeben.**
- Berufliche Aus- und Weiterbildung eröffnet Chancen auf die Sicherung des Lebensunterhalts und einen Arbeitsplatz, schafft Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und ist eine wesentliche Grundlage für eine aktive Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen Leben – hier wie überall auf der Welt. **Mit Blick auf die berufliche Bildung wird die Landesregierung deshalb im Dialog mit den einschlägigen fachlichen Akteuren und im Abgleich mit den Aktivitäten der Bundesregierung prüfen, ob und wo es insbesondere in Ghana die Notwendigkeit gibt, Aktivitäten auf dem Gebiet der Berufsbildung vor Ort gezielt zu flankieren.**

(b) Fairen Handel und nachhaltige Beschaffung stärken

- **In Gesellschaft, Politik und öffentlicher Verwaltung wie auch bei Handel und Herstellern zeichnet sich seit einigen Jahren ein Trend zu einem veränderten Bewusstsein für fair gehandelte Produkte ab.**⁵ Eine der sichtbarsten Veränderungen ist die immer breitere Palette fair gehandelter Produkte, nicht nur in zunehmend professioneller werdenden Fachgeschäften des Fairen Handels, sondern auch im Einzelhandel. Der Absatz hat sich insbesondere seit Mitte der 2000er Jahre rasant entwickelt, auch weil sich Verfügbarkeit und Bekanntheit der Produkte gesteigert haben und neue Konsumenten-Zielgruppen gewonnen wurden.
- Das Land erkennt die Leistungen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft an und wird sie auf diesem Weg gemeinsam mit der Zivilgesellschaft weiter begleiten. Um diese Prinzipien noch deutlich breiter in ökonomischen Prozessen zu verankern, ist entscheidend, dass die Integration von Nachhaltigkeitsprinzipien im unternehmerischen Handeln ihren Platz findet. **Die Landesregierung wird deshalb zu den ökonomischen Aspekten der Fair-Trade-Arbeit künftig verstärkt den Dialog mit Unternehmen, Think Tanks, Stiftungen, Wirtschaftsinstitutionen und relevanten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren suchen und an bestehende Plattformen – insbesondere im Bereich international agierender kleiner und mittelständischer Unternehmen – anknüpfen.**
- Ein wesentlicher Erfolgsfaktor zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen in Entwicklungs- und Schwellenländern liegt in einer stärkeren Integration dieser Länder in einen freien und fairen Welthandel. **Nordrhein-Westfalen wird sich auf allen Ebenen für einen freien und fairen weltweiten Handel unter Einbindung der Entwicklungsländer einsetzen. Ziel ist, den interregionalen Handel auszubauen, aber auch**

⁵ Vier internationale Dachorganisationen (FLO, IFAT, NEWS! Und EFTA) haben sich im Jahr 2001 auf eine gemeinsame Definition des Fairen Handels verständigt. Danach ist der „Faire Handel eine Handelspartnerschaft, die auf Dialog, Transparenz und Respekt beruht und nach mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel strebt. Durch bessere Handelsbedingungen und die Sicherung sozialer Rechte für benachteiligte Produzentinnen und Produzenten sowie Arbeiterinnen und Arbeitern – insbesondere in Ländern des globalen Südens – leistet der Faire Handel einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung.“ Zur Definition des fairen Handels vgl. auch: www.forum-fairer-handel.de

Handelshemmnisse für Entwicklungsländer zu überwinden. Die Landesregierung bekennt sich zu ihrer besonderen Vorbildfunktion. Es gilt, die Politik des Landes immer wieder auf ihre Auswirkungen auf andere Staaten zu überprüfen.

- **Die Landesregierung setzt sich für eine nachhaltige, faire Beschaffung ein.** Vergabestellen werden deshalb dabei unterstützt, bedarfsspezifische Lösungen umzusetzen, die dazu beitragen können, Unternehmen in Nordrhein-Westfalen auf diesem Gebiet zu stärken. Für Kommunen bestehen Schulungs- und Informationsangebote zu Fragen der fairen Beschaffung. Hier arbeitet die Landesregierung eng mit der Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung (KNB) zusammen. Über die landeseigene Fortbildungsakademie wird die Landesregierung das Informations- und Qualifizierungsangebot für eine faire nachhaltige öffentliche Beschaffung ausbauen.
- **Die Landesregierung verschärft ihren Kampf gegen die Kinderarbeit.** So dürfen beispielsweise Grabsteine aus China, Indien, den Philippinen und Vietnam in Nordrhein-Westfalen per Gesetz nur noch dann aufgestellt werden, wenn sie mit hinreichender Wahrscheinlichkeit ohne schlimmste Formen von Kinderarbeit (Übereinkommen Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 17. Juni 1999) hergestellt worden sind.⁶

(c) *Entwicklungspolitisches Engagement stärken*

Entwicklungspolitisches Engagement lebt vor allem von einer interessierten, kreativen Gesellschaft. In Nordrhein-Westfalen wird dieses zivilgesellschaftliche und bürgerschaftliche Engagement getragen durch eine bundesweit einmalige Landschaft engagierter Bürgerinnen und Bürger sowie einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure, Vereine und Organisationen wie etwa das Eine Welt Netz NRW als Dachverband entwicklungspolitischen Engagements mit seinen vielfältigen Bildungs-, Beratungs-, Service- und Vernetzungsangeboten. Dazu zählt auch die vom Land gegründete Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE), die der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements für eine nachhaltige Entwicklung verpflichtet ist, wichtige umwelt- und entwicklungspolitische Impulse gibt und mit ihrer Arbeit wesentlich zur Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen beiträgt. **Die Landesregierung unterstützt die entwicklungspolitische Arbeit der über 3.000 ehrenamtlichen Eine-Welt-Gruppen über verschiedene Programme und fördert auch deren Kooperation untereinander.** Zahlreiche Akteure aus Nordrhein-Westfalen engagieren sich beispielsweise in Südafrika und Ghana. **Um noch mehr Menschen aus allen Teilen der Bevölkerung für die entwicklungspolitische Arbeit zu gewinnen, will die Landesregierung im Rahmen der bereits bestehenden Programme und im Austausch mit Organisationen, Kirchen, Wirtschaft, Kommunen wie auch dem Bund daran mitwirken, dass dieses entwicklungspolitische Engagement zeitgemäß weiterentwickelt wird und Erfolge des Eine Welt Engagements sichtbar werden.**

- Die **entwicklungspolitische Inlandsarbeit** ist zu einem ganz überwiegenden Teil Bildungs- und Informationsarbeit. **Durch geeignete Programme soll die in der Zivilgesellschaft vorhandene Expertise breiteren Bevölkerungskreisen zugänglich gemacht werden. Dabei gilt es vor allem auch junge Menschen zu erreichen, die für die Themen der Agenda 2030 bislang noch wenig aufgeschlossen sind.** Deshalb wird die Landesregierung die bestehenden Förderprogramme evaluieren und sie entlang der definierten Grundsätze sowie der prioritären Handlungsfelder fokussiert weiterentwi-

⁶ https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_vbl_detail_text?anw_nr=7&vd_id=17242&ver=8&val=17242&sg=0&menu=1&vd_back=N

ckeln. Durch die **Arbeit der Eine-Welt-Promotorinnen und Promotoren** sollen in Nordrhein-Westfalen noch stärker als bisher **Bürgerinnen und Bürger aus allen gesellschaftlichen Bereichen** sowie insbesondere auch **kleine und mittelständische Unternehmen** angesprochen werden.

- **Des Weiteren sollen Kooperationen mit Sportakteuren ausgelotet werden.** Der Breitensport, der traditionell von bürgerschaftlichem Engagement getragen wird, bietet zahlreiche Schnittstellen zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit: Über den Sport lassen sich Querschnittsthemen der Agenda 2030 wie Gesundheit, soziale Teilhabe, Inklusion, Umweltschutz und globale Verantwortung adressieren. Dabei kann unter anderem auf die Charta der UNESCO für Leibeserziehung und Sport (1978) Bezug genommen werden, nach denen insbesondere Kinderrechte „auf Ruhe und Freizeit, auf Spiel und altersgemäße aktive Erholung“ anerkannt werden und dazu aufgerufen wird, Sport und andere körperliche Tätigkeiten in entwicklungspolitische Maßnahmen zu integrieren.

(d) Globales Lernen als wichtige Aufgabe der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) dauerhaft und auf breiter gesellschaftlicher Basis verankern

- Das Verständnis für internationale Zusammenhänge und die vielfältigen, komplexen Herausforderungen unserer Welt sind ein Schlüssel, um Bürgerinnen und Bürger für die globale Verantwortung des Landes zu sensibilisieren. Schulen, Hochschulen, Volkshochschulen und andere Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen haben dabei eine tragende Funktion. **Damit Menschen bei Entwicklungsprozessen verantwortungsvoll entscheiden und handeln können, kommen lebenslangem Lernen und hochwertiger Bildung eine entscheidende Bedeutung zu.** Gestaltungskompetenz ist ein wichtiger Hebel für die Umsetzung der SDGs. **In diesem Sinne leiten der Nationale Aktionsplan BNE⁷, der Globale Aktionsplan „Bildung für nachhaltige Entwicklung 2020 bis 2030“ und das Konzept der Global Citizenship Education der UNESCO⁸ die Landesregierung in ihrem Handeln.**
- **Dem globalen und interkulturellen Lernen als Teil der Bildung für nachhaltige Entwicklung kommt eine besondere Bedeutung zu.** Gerade im Rahmen der **internationalen Jugendarbeit** werden wertvolle Beiträge zum Erwerb interkultureller Kompetenzen geleistet. **Sie eröffnet jungen Menschen die Gelegenheit, Erfahrungen im Ausland zu sammeln und über nationale Grenzen hinweg mit Menschen zusammen zu arbeiten.** Dies gilt ganz besonders, wenn es mittelfristig darum geht, die Ziele einer global nachhaltigen Entwicklung zu erreichen. Im Einklang mit ihrer bildungs- und kulturpolitischen Zuständigkeit betrachtet die Landesregierung entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit deshalb als eine ihrer Kernaufgaben und als integralen Bestandteil einer Bildungsstrategie für nachhaltige Entwicklung. **An der Schnittstelle zwischen Landesregierung und -verwaltung sowie gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft unterstützt die BNE-Agentur NRW die Landesregierung und andere Akteure bei der Umsetzung der BNE-Strategie in Nordrhein-Westfalen.** Eine eigens dort eingerichtete Eine-Welt-Fachpromotorenstelle soll die Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen und Zivilgesellschaft mit dem Ziel befördern, globales Lernen in Nordrhein-Westfalen voranzubringen. **Das BNE-Landesnetzwerk NRW mit seinen Regionalzentren trägt dazu bei, die Themen des globalen Lernens in schulischen wie außerschulischen Lernorten**

⁷ <https://www.bne-portal.de/de/nationaler-aktionsplan>

⁸ <https://www.bne-portal.de/de/weltweit/gute-praxis-weltweit/unesco-beschlie%C3%9Ft-vorl%C3%A4ufig-bne-programm-ab-2020>; <https://www.unesco.de/bildung/hochwertige-bildung/global-citizenship-education/bildung-zur-praevention-von-gewalttaetigem>

zu verankern.

- BNE wird als umfassender Bildungsansatz verstanden. **Im Bereich der schulischen Bildung befördert etwa die Kampagne „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit“ die Umsetzung von BNE im Unterricht und in der Schulentwicklung.** Als Orientierungshilfe für Lehrerinnen und Lehrer sowie als Grundlage für zukünftige Lehrpläne gibt es zudem die Leitlinie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die auf der Grundlage einer empirischen Untersuchung der NRW-Kernlernpläne entwickelt wurde. Kennzeichnend für diese langjährige Initiative ist die enge Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungspartnern und Netzwerken. Diese gilt es in den nächsten Jahren im Lichte dieser strategischen Ausrichtung weiterzuentwickeln.
 - **Der Lernbereich Globale Entwicklung ist wesentlicher Bestandteil der BNE.** Die durchgehende Orientierung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ist auch zukünftig angesichts weltweiter Verflechtungen, Migrationsbewegungen und ökologischer Herausforderungen unabdingbar. **Im Mittelpunkt sollen Lernprozesse stehen, die lokale, nationale, europäische und globale Entwicklungsperspektiven einbinden. Wirksame und bewährte Multiplikatoren-Programme wie etwa das Eine Welt-Promotorenprogramm NRW werden durch das Land fortgeführt und weiterentwickelt. Mit seinen Expertinnen und Experten für globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung vermittelt das Programm über die entwicklungspolitische Bildungsarbeit Wissen über globale Zusammenhänge.** Es trägt dadurch zu einem besseren Verständnis internationaler Zusammenhänge bei den Menschen in Nordrhein-Westfalen bei und bietet ihnen die Chance, sich im In- oder Ausland entwicklungspolitisch zu engagieren.
- (e) *Wissenschaftlich-technologische Forschung und Lehre zur Umsetzung der Agenda 2030 und für Fragen der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen***
- **Das Land Nordrhein-Westfalen ist ein herausragender Wissenschaftsstandort für Fragen der Entwicklungspolitik.** So zählt etwa das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik gGmbH (DIE) zu den weltweit führenden interdisziplinären Forschungsinstituten und Think Tanks auf diesem Gebiet. Zu den einflussreichsten globalen Forschungseinrichtungen gehört auch die Universität der United Nation mit ihrem Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit (UNU-EHS), das „Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF)“ der Universität Bonn, das „Institut für Entwicklung und Frieden“ (INEF) der Universität Duisburg-Essen sowie das „Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik“ an der Universität Bochum. Neben diesen Hochschuleinrichtungen unterstützt das Land mit der „Stiftung Entwicklung und Frieden“ (SEF) und dem „Bonn International Center for Conversion“ (BICC) Forschung, interdisziplinären Austausch und Beratung zu dem Themenspektrum. BICC, DIE und ZEF werden in den letzten Jahren kontinuierlich unter den einhundert weltweit einflussreichsten globalen Think Tanks geführt. **Es liegt im Interesse der Landesregierung, die an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen bestehenden Kompetenzen zu erhalten.**
 - **Insbesondere die VN- und Bundesstadt Bonn ist als Universitäts- und Wissenschaftsstandort zu internationalen Themen exzellent aufgestellt.** Für die Universität Bonn und die Wissenschaftseinrichtungen in der Stadt und der Region ist ein spezifisches Umfeld entstanden, das das Potenzial hat, eine einzigartige Forschungsinfrastruktur zu etablieren und den Standort zu einem Global Player weiterzuentwickeln, der die

weltweite Nachhaltigkeitsdebatte von Nordrhein-Westfalen aus entscheidend mitbestimmt. **Die Landesregierung wird die Entwicklung Bonns als VN-Standort und Kompetenzzentrum für internationale Politik, Innovation und globale Nachhaltigkeitsstrategien in enger Kooperation mit dem Bund und der Stadt Bonn weiter fördern.**

- **In Bonn hat sich inzwischen um die Universität Bonn eine Allianz für Nachhaltigkeitsforschung konstituiert, an der u. a. DIE, BICC, UNU-EHS, ZEF und die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg beteiligt sind. Das wichtigste Vorhaben dieser Allianz ist der Innovations-Campus Bonn (ICB): Nachhaltigkeit und globaler Wandel. Die Landesregierung leistet bis Oktober 2023 eine Anschubfinanzierung für die Geschäftsstelle sowie eine W3-Professur. Der ICB bedarf weiterer Förderung durch den Bund und das Land zum Erreichen der folgenden Ziele: Bündelung und Stärkung der Nachhaltigkeitsforschung in der Wissenschafts- und VN-Stadt Bonn unter anderem in den Themenfeldern „Mobilität und Migration“, „Bioökonomie“ und „Digitalisierung und Künstliche Intelligenz“, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in diesen Bereichen, Stärkung der Schnittstelle zwischen Forschung und Praxis sowie mit den in Bonn ansässigen VN-Institutionen, Stärkung der internationalen Vernetzung und Sichtbarkeit der nordrhein-westfälischen Forschung in diesen Feldern. **Damit trägt der ICB dazu bei, anwendungsorientiertes und Prozesswissen für die Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele in Deutschland und anderen Ländern bereitzustellen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf deren Umsetzung in Entwicklungsländern und der Rolle der internationalen Zusammenarbeit.****
 - **Mit der Gründung einer „Nordrhein-Westfälischen Akademie für Internationale Politik“ sollen die Stärken des internationalen VN- und Wissenschaftsstandorts Bonn erweitert und ausgebaut werden.** Ziel ist es, wissenschaftliche Exzellenz zu fördern, einen interdisziplinären Dialog zur ganzen thematischen Breite der Herausforderungen für internationale Politik zu befördern und Impulse für die Bewältigung internationaler Herausforderungen zu geben. Im Rahmen eines Fellowship-Programms wird künftig eine begrenzte Anzahl ausgewählter, hochqualifizierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt mit Hilfe von Stipendien die Möglichkeit erhalten, zu von ihnen selbst gewählten Themen im Kontext der internationalen Politik zu forschen und sich darüber hinaus auch mit Politik, Medien und Wirtschaft zu vernetzen. Die Themenwahl wird sich an aktuellen wissenschaftlichen Diskursen orientieren.
- (f) Praxisorientierten Wissenschaftsaustausch und berufsbezogene Kooperationen fördern**
- Die nordrhein-westfälischen Hochschulen setzen im Rahmen der geltenden Hochschulautonomie eigene internationale Schwerpunkte und kooperieren mit Entwicklungsländern. **Da Bildung die Grundlage für Selbstbestimmung und nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg ist, sollte sich der Aufbau von Wissenschaftsstrukturen möglichst auch auf Disziplinen wie etwa die Ingenieurs- und Naturwissenschaften sowie Rechts- und Wirtschaftswissenschaften erstrecken. In diesem Sinne wollen wir unser Partnerland Ghana aktiv beim Aufbau eigener Strukturen unterstützen.**
 - Der Auf- und Ausbau praxisorientierter Hochschulbildung ist derzeit in vielen Ländern der Welt, v.a. aber in Afrika ein wichtiges Thema. **Es ist der Landesregierung ein Anliegen, in Zusammenarbeit mit (Fach-)Hochschulen stärker auch berufsbezogene Kooperationen und die anwendungs- und praxisorientierte Wissenschaft in Ghana**

zu fördern. So hat Ghana den Aufbau von technischen Universitäten am Modell der deutschen Hochschulen für angewandte Wissenschaften beschlossen und arbeitet, um eine hochwertige und praxisnahe Hochschulbildung anzubieten, mit Nordrhein-Westfälischen Hochschulen zusammen. Die Unterstützung beim Aufbau eines neuen (Fach-)Hochschulsektors dort gehört seit 2014 genauso zu den internationalen Schwerpunkten des Landes im Wissenschaftsbereich wie die Förderung des Bund-Länder Pilotprogramms „Förderung der Vernetzung zwischen Hochschule und Wirtschaft an der Technischen Universität Tamale in Ghana“. **Ziel ist es, das Potenzial der Wissenschaft als Motor für ökonomische Entwicklung zu nutzen, Netzwerke mit der regionalen und nationalen Industrie vor Ort auszubauen und den Absolventinnen und Absolventen konkrete Chancen auf dem Arbeitsmarkt ihres Landes zu eröffnen.**

- **In Zeiten politischer Konflikte und Krisen stellt besonders auch der Wissenschaftsaustausch ein wichtiges Element dar. Stipendienprogramme der Landesregierung, die sich an Studierende aus Jordanien und den palästinensischen Gebieten richten, zielen darauf, angehenden Fach- und Führungskräften während des Studiums einen Forschungsaufenthalt in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen und damit frühzeitig tragfähige Netzwerke aufzubauen. Darüber hinaus vergibt die Landesregierung Stipendien an Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler aus afrikanischen Staaten, um ihnen die Durchführung eines konkreten Forschungsvorhabens im Bereich Demokratieforschung zu ermöglichen. Um dieser Zielgruppe Einblicke in die hiesigen Strukturen zu gewähren, ist in das Programm ein Praktikum im nordrhein-westfälischen Landtag integriert.**

(g) Gute Regierungsführung und rechtmäßig handelnde Verwaltung fördern

- **Die Landesregierung betrachtet gute Regierungsführung als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und erfolgreiche Zusammenarbeit.** Wie sich öffentliche Verwaltungen so organisieren lassen, dass sie der Agenda 2030 Rechnung tragen, ist eine Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt. **Gute Erfahrungen hat die Landesregierung mit dem seit 2017 in regelmäßigen Abständen durchgeführten Verwaltungsaustausch mit dem Partnerland Ghana gemacht.** Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus beiden Ländern arbeiteten dabei zehn Tage lang gemeinsam. Über gegenseitiges Verständnis und Lernen können Themen von beidseitigem Interesse, wie etwa das der beruflichen Bildung, gefördert werden. **Diese Arbeit soll weiterentwickelt und ausgebaut werden.** Erfolge gibt es auch im Bereich der Polizeizusammenarbeit mit Jordanien.
- **Intensiviert werden soll die bewährte Kooperation des Landes auf dem Gebiet der Justiz mit Akteuren der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere mit der in Bonn ansässigen Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit (IRZ) sowie mit der GIZ.** Rechtsexpertinnen und Rechtsexperten aus allen Bereichen der Justiz Nordrhein-Westfalens beteiligen sich mit Kurz- und Langzeiteinsätzen vor Ort in vielen Ländern am Aufbau oder der Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen. Außerdem wird die Arbeit des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, etwa beim Rechtsstaatsdialog mit Vietnam, unterstützt.

(h) Etablierte Partnerschaften gezielt ausbauen und unterstützen

- Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Afrikas und des Nahen Ostens haben unmittelbare Auswirkungen auf die Staaten der Europäischen Union. Deshalb setzt die Landesregierung auf internationale Kooperation und Partnerschaften.

- **Seit 2007 verbindet Nordrhein-Westfalen eine vertrauensvolle Partnerschaft mit Ghana.** Die Basis dieser Zusammenarbeit sind heute die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen. **Die Landesregierung wird die bilaterale Kooperation mit ihrem Partnerland im Rahmen bedarfsorientierter Programme und Projekte erneuern und weiter ausbauen. Zugleich fördert sie mit dem „Auslandsprogramm“ den Partnerschaftsgedanken bei Projekten der Zivilgesellschaft.** Auf diese Weise sollen gesellschaftliche Aktivitäten nicht nur hierzulande, sondern auch vor Ort gezielt gestärkt werden.
 - Das Ringen um soziale, wirtschaftliche und politische Fortschritte in Nordafrika und dem Nahen Osten hat nach wie vor **Flucht- und Migrationsbewegungen nach Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen** zur Folge. **Deshalb will die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag leisten, um die politische und wirtschaftliche Stabilität vor Ort zu stärken. Dabei konzentriert sich Nordrhein-Westfalen hauptsächlich auf Jordanien, Marokko und den Libanon.** Es werden insbesondere Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme unterstützt, um Perspektiven für die Menschen vor Ort zu schaffen. Auch die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen und Marokko bzw. Jordanien wird ausgebaut, soweit dies im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten möglich ist. Soweit entsprechender Bedarf besteht und die Förderung von Projekten oder die partnerschaftliche Zusammenarbeit auch mit weiteren Entwicklungs- und Schwellenländern im Interesse des Landes ist, können andere Regionen in die entwicklungspolitische Arbeit des Landes einbezogen werden.
 - **Die partnerschaftliche Zusammenarbeit, die Erfahrungen in der kommunalen Selbstverwaltung und die Facharbeit der Kommunen sind unverzichtbar, wenn es um die Umsetzung der Agenda 2030 und eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit geht. Ihre Erfahrungen und Kompetenzen in Fragen der kommunalen Daseinsvorsorge sind international gefragt.** Städte, Landkreise und Gemeinden verfügen über vielfältige Beziehungs- und Institutionennetzwerke, kümmern sich um die Umsetzung internationaler wie nationaler Beschlüsse auf lokaler Ebene und liefern politisch wie gesellschaftlich wichtige Impulse. Sie leisten durch die Verknüpfung von Politik, bürgerschaftlichem Engagement und der lokalen Wirtschaft einen entscheidenden entwicklungspolitischen Beitrag. **Nordrhein-Westfalens außerordentlich engagierte Kommunen nehmen hier eine Vorreiterrolle ein. Es gibt zahlreiche kommunale Partnerschaften und Beziehungen zu Ländern des Südens.** Durch den internationalen Erfahrungsaustausch von guter kommunaler Praxis werden neues Wissen und mehr Handlungskompetenz gewonnen. **In Ergänzung zu den Aktivitäten des Bundes wird die Landesregierung diese wichtige Arbeit der Kommunen weiter engagiert begleiten.**
- (i) Gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen lernen: Energiewende sowie Klima- und Umweltschutz*
- **Klima- und Umweltschutz sowie innovatives, nachhaltiges Wirtschaften sind in jedem Land der Welt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Aus der langen Tradition der Nutzung natürlicher Ressourcen ist im Zuge des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen eine breite klima- und energietechnologische Kompetenz gewachsen. Sie kann auch international zeigen, dass soziale, ökonomische und ökologische Ziele erfolgreich miteinander verbunden werden können.**

Als bedeutendste Energieregion Europas steht Nordrhein-Westfalen mit einer leistungsfähigen Industrie in einer besonderen Verantwortung für den Klimaschutz und die Energiewende. Die substantielle regionale Reduktion von Treibhausgasen trägt ebenso zum globalen Klimaschutz bei wie die Entwicklung von international anwendbaren Lösungsansätzen und Technologien, um Mitte des Jahrhunderts Treibhausgasneutralität, wie im Pariser Abkommen festgeschrieben, zu erreichen. **Die NRW-Umweltwirtschaft kann mit dazu beitragen, dass insbesondere ein wirksamer Beitrag zum Umweltschutz, die Verbesserung der Effizienz der eingesetzten Ressourcen und die Förderung der zukunftsorientierten Nutzung der Energien eine größere Rolle spielen.**

- Klimaschutz ist eine globale Querschnittsaufgabe. **Erfolgreich in Nordrhein-Westfalen eingesetzte Technologien und Dienstleistungen für den Klimaschutz können als Orientierung für Anwendungen in anderen Regionen der Welt genutzt werden.** So arbeitet die EnergieAgentur.NRW im Auftrag der Landesregierung Nordrhein-Westfalen als operative Plattform mit breiter Kompetenz im Energiebereich: von der Energieforschung, technischen Entwicklung, Demonstration und Markteinführung über die Initialberatung bis hin zur Information und Weiterbildung für Fach- und Privatleute. Ihre Fachkompetenz stellte sie u. a. auch im Rahmen der Weltklimakonferenz (COP 23) in Bonn unter Beweis. Insbesondere nordrhein-westfälische Leuchtturmprojekte machen eindrucksvoll deutlich, dass die Energiewende in Deutschland alle Ebenen der Gesellschaft erreicht hat, als gesamtgesellschaftliche Aufgabe umgesetzt wird und Wirtschaft und Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen Hand in Hand gehen. Auf diese Weise kann ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch über die Best-Practice-Beispiele auf internationaler Ebene vorangebracht werden. **Die Landesregierung wird prüfen, inwieweit die Erfahrungen in der Umsetzung von Klimaschutz und Energiewende in Nordrhein-Westfalen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sinnvoll nutzbar gemacht werden können.**

(j) Potenziale von Migration für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes nutzen

- **Migrantinnen und Migranten können mit ihren Kenntnissen und Perspektiven wichtige Impulse für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen geben.** So bilden etwa die Ghanaer die größte afrikanische Diasporagemeinde in Nordrhein-Westfalen. Menschen mit Einwanderungsgeschichte kennen Entwicklungspotenziale und -hemmnisse ihres Landes meist aus eigener Erfahrung. Mit ihrer Expertise können sie wertvolle Kontakte mit ihren jeweiligen Herkunftsländern knüpfen, die in diesen Ländern günstige Entwicklungen auf dem Gebiet von (Berufs-) Bildung, Wirtschaft und Arbeit befördern können. Im Inland leisten Austausch und zielgerichtete Zusammenarbeit einen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis und dem friedlichen Zusammenleben der Menschen in Nordrhein-Westfalen.
- **Die Kompetenzen und Kenntnisse von zugewanderten Menschen will die Landesregierung deshalb künftig noch besser für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen nutzen.** Über mögliche und geeignete Maßnahmen wird sie sich unter anderem mit der Stiftung Umwelt und Entwicklung (SUE), Engagement Global (EG) und dem Eine Welt Netz NRW austauschen.
- Hervorzuheben ist, dass die in Nordrhein-Westfalen bereits bestehenden Regelungen, wie etwa der Erlass zur sogenannten 3+2-Regelung und die Anwendungshinweise zu § 25b AufenthG, Migrantinnen und Migranten, die aus verschiedenen Gründen nicht in den

Herkunftsstaat zurückkehren können oder wollen, gute Perspektiven und die Möglichkeit zum Erwerb wertvoller Kompetenzen sowohl für die Integration in Nordrhein-Westfalen als auch für ein mögliches entwicklungspolitisches Engagement und die Vernetzung in ihren ursprünglichen Herkunftsländern bieten. **Wichtig ist der Landesregierung im Zusammenhang mit Migration und Zuwanderung nach Nordrhein-Westfalen, dass eine temporäre wie auch dauerhafte Zuwanderung als Bestandteil eines nachhaltigen, entwicklungspolitischen Wissenstransfers nach den gesetzlichen Regelungen und definierten Voraussetzungen erfolgt.** Es muss im Blick gehalten werden, dass die eröffneten Möglichkeiten keine unregelmäßige Einwanderung nach sich ziehen. Das im August 2019 verabschiedete Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) ermöglicht einen geordneten Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland. Unter anderem die Einführung eines beschleunigten Fachkräfteverfahrens soll Deutschland für internationale Fachkräfte attraktiver – machen. Das Land Nordrhein-Westfalen beabsichtigt den Aufbau einer zentralen Ausländerbehörde zur Fachkräfteeinwanderung in Bonn („Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung“, „ZFE“). Im Zuge der Umsetzung des FEG soll diese künftig als Ansprechpartner für Arbeitgeber und Unternehmen sowie als Schnittstelle zu den verschiedenen im Verfahren beteiligten Stellen fungieren. Für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen können sich daraus vielfältige Perspektiven ergeben, die zugleich gewinnbringend für die Entwicklungszusammenarbeit Nordrhein-Westfalens genutzt werden können.

- **Um gesellschaftliche Vielfalt und Teilhabechancen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen insgesamt zu verbessern, hat die Landesregierung gemeinsam mit dem Beirat der Landesregierung für Teilhabe und Integration zudem eine „Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030“ erarbeitet, die von allen Ministerien des Landes getragen und weiterentwickelt wird.**

(k) Kompetenzen des Medienstandortes Nordrhein-Westfalen nutzen

- **Eine vielfältige, unabhängige Presse- und Medienlandschaft ist ein Grundpfeiler für Demokratie und Meinungsfreiheit.** Das von der Deutschen Welle mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes, der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, der Stadt Bonn und der Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn veranstaltete Global Media Forum zählt vor diesem Hintergrund zu den wichtigsten internationalen Medienkonferenzen. Jährlich nutzen Medienschaffende gemeinsam mit Entscheidern und Multiplikatoren aus Politik, Kultur und Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft aus aller Welt in Bonn dort die Gelegenheit, um über drängende Zukunftsfragen von Medienpolitik und Journalismus zu diskutieren. Denn die Transformation durch Digitalisierung, das Phänomen von Fake News oder die weltweit wachsende Bedrohung der Pressefreiheit sind Themen, die Medienschaffende über Ländergrenzen hinweg herausfordern und nicht mehr nur regional oder national zu lösen sind. **Mit Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen soll das Global Media Forum in Bonn zum Ort der internationalen Debatte über ethische, technologische und wirtschaftliche Herausforderungen für Medien ausgebaut werden.**
- **Die am Medienstandort Nordrhein-Westfalen gebündelte Medien- und Digitalkompetenz will die Landesregierung zudem nutzen, um entwicklungspolitische Themen und globale Zusammenhänge im Kontext der Agenda 2030 mittels zeitgemäßer Formate für eine breite Öffentlichkeit, insbesondere aber auch für junge, bislang wenig erschlossene Zielgruppen sichtbar zu machen und sie dafür zu interessieren.**

Mögliche Anknüpfungspunkte werden im Austausch mit Akteurinnen und Akteuren aus der nordrhein-westfälischen Medienbranche geprüft.

(I) Kultur als Brücke für internationale Verständigung und Entwicklungszusammenarbeit unterstützen

- **Regionale wie internationale Kulturprojekte stärken das Gemeinschaftsgefühl der hier lebenden Menschen sowohl innerhalb Nordrhein-Westfalens als auch im internationalen Zusammenhang. Nordrhein-Westfalen lebt von seiner kulturellen Vielfalt.** Ein Dialog zwischen unterschiedlichen Kulturen kann Gräben und Grenzen überwinden. Die UNESCO hat dem entwicklungspolitischen Aspekt der globalen Kultur deshalb in der „UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“⁹ Rechnung getragen. Ein Ziel ist die Stärkung und Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit für eine nachhaltige Entwicklung. **Nordrhein-Westfalen zeichnet sich durch zahlreiche lebendige und gut funktionierende Kultur-Kooperationen vor allem mit Subsahara-Afrika aus. Die Landesregierung ist bestrebt, dieses gesellschaftliche Engagement dort, wo sich im Kontext der entwicklungspolitischen Schwerpunkte sinnvolle Anknüpfungspunkte ergeben, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen.**

⁹ <https://www.unesco.de/kultur-und-natur/kulturelle-vielfalt>